

Teilerfolg für Tierheimgegner

Der Kanton Bern annulliert die **Umzonung im Bremgartenwald** wegen eines Verfahrensfehlers

Zum wiederholten Male verzögert sich der Baubeginn für das neue Tierheim in der Eymatt. Diesmal ist ein Lapsus der Stadt Bern und des Amtes für Gemeinden- und Raumordnung (AGR) daran schuld. Der Kanton bewilligt die von der Stadt erteilte Umzonung nicht.

ANNE-CAREEN STOLTZE

Das in der Region dringend benötigte neue Tierheim in der Eymatt besteht weiterhin nur auf dem Papier. Grund für die neue Verzögerung ist der Entscheid der bernischen Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK). Darin hebt der Kanton die von Stadtbern und dem AGR genehmigte Umzonung eines Waldstücks auf. Weil die vom Gesetz vorgeschriebene Koordination von Umzonung und Rodung nicht vorgenommen worden sei, könne das Verfahren nicht korrekt beurteilt werden, befindet die JGK.

Zudem wirft der zuständige Regierungsrat Christoph Neuhaus (svp) den Behörden Verfahrensfehler vor. «Das Verfahren wurde von der Stadt und dem AGR falsch aufgegleist», sagt Neuhaus dem «Bund». Für die Nutzungsplanänderung hätten zwei Verfahren eröffnet werden müssen, da für die Umzonung von Wald in Bauzone eine Rodung notwendig würde. «Über diese befindet das kantonale Amt für Wald», erläutert Neuhaus.

Weder Stadt Bern noch AGR wollten zum Vorwurf des Verfahrensfehlers Stellung nehmen. «Mir liegt der Entscheid noch nicht vor», begründet Rolf Mühlemann vom AGR. Das Waldstück sei jedoch immer ein Streitpunkt gewesen. Auch Stadtpräsident Alexander Tschäppät (sp) lag gestern der Entscheid noch nicht offiziell vor. «Das Tierheim ist dringend nötig für die Region Bern», sagt Tschäppät.



Das Corpus Delicti: Die **provisorische Zufahrtsstrasse** zum geplanten Tierheim liegt auf dem umstrittenen Terrain.

ADRIAN MOSER

Rein theoretisch könnten Stadt und AGR den Entscheid anfechten – auch dazu äusserten sich die Behörden nicht.

Streit um 100 Quadratmeter

Der Hintergrund: Die Umzonung ist nötig, weil auf dieser Fläche die Erschliessungsstrasse zum Tierheim realisiert werden soll. Auf diese Projektänderung haben sich der Berner Tierschutz und die IG Velo geeinigt. Für den Bau dieser Strasse müsste jedoch ein Waldstück von knapp 100 Quadratmetern gerodet werden. Das AGR hatte für die Umzonung unter Vorbehalt einer Rodungsbewilligung grünes Licht gegeben. Dagegen beschwerten sich zwei Bewohner der Siedlung Aumatt und bekamen nun recht.

Auch wenn die Instanzen noch um die Genehmigung debattieren: Eine provisorische Zufahrtsstrasse gibt es längst. «Und dafür musste kein einziger Baum gerodet werden», sagt Lukas Bircher, Geschäftsführer des Tierheims Oberbottigen auf Anfrage. «Stattdessen mussten nur Büsche entfernt werden». Zudem solle das neue Tierheim auf der Lichtung gebaut werden.

«Es handelt sich um eine rein juristische Spitzfindigkeit, um den Baubeginn wiederum zu verzögern», findet Bircher. Die Einsprecher seien Juristen, sie verstünden ihr Handwerk gut und nutzten es entsprechend. «Wir haben das Gespräch mit ihnen gesucht, aber sie haben es verweigert.» Über die neuerliche Verzögerung sei er «sau-

er». Im Tierheim Oberbottigen betreue man derzeit fast 60 Katzen und 20 Hunde. «Wir sind am Anschlag und müssen improvisieren.» Allerdings sei er optimistisch, dass die nötige Umzonung dereinst genehmigt werde.

Einsprecher bereit für Gespräche

«Wir sind immer noch Gesprächsbereit», verteidigt sich Hanspeter Kiener, einer der Einsprecher aus der Aumatt. Auch der Berner Tierschutz habe sich schon hart gezeigt. Im Sommer seien beispielsweise Plakate in der Siedlung verteilt worden, auf denen die Einsprecher als Querulanten bezeichnet worden seien. Kiener sagt, beim Thema Verkehr und Lärm sei er weiter verhandlungsbereit. «Dabei

möchte ich meine persönlichen Interessen als Anwohner vertreten, denn es wird Mehrverkehr geben», erklärt Kiener. Fraglich sei für ihn vor allem, ob der Wald in dieser Zone überhaupt weiter bebaut und «urbanisiert» werden dürfe. «Diese Frage ist von öffentlichem Interesse», betont Kiener, der um den Erhalt des Naherholungsgebietes Wald im Allgemeinen und den Bremgartenwald im Speziellen fürchtet. Er sei nicht stur und wolle sich nicht im Thema Tierheim «verbeissen», sagt Kiener.

Weiter hängig sind 17 Einsprachen von Aumattbewohnern wegen allfälligen Hundegebells. Über diese kann die Berner Regierungstatthalterin erst befinden, wenn die Frage der Umzonung geklärt ist.

KOMMENTAR

Wo ist das Herz für Tiere?

ANNE-CAREEN STOLTZE

In Bern wird derzeit so viel gebaut wie seit Langem nicht – aber nur für den Menschen. Die Findeltiere und heimatlosen Vierbeiner der Region Bern harren seit Jahren im überfüllten und veralteten Tierheim Oberbottigen aus. Inzwischen nehmen die ehrenamtlichen Pfleger ganze Katzenfamilien mit nach Hause, weils zu eng ist.

Das dringend benötigte neue Tierheim soll auf einer Lichtung in der Eymatt gebaut werden. Aber bisher steht es nur auf dem Papier und wird seit zwei Jahren von Schreibtisch zu Schreibtisch und Behörde zu Behörde gereicht, weil hartnäckige Einsprecher sich dagegen wehren. Sie fürchten sich vor Mehrverkehr und dem damit verbundenen Lärm, aber auch vor dem Gebell heimatloser Hunde. Auch sorgt man sich um den Wald als öffentlichen Erholungsort, der immer weiter bebaut werde.

Diese persönlichen Befürchtungen sind zwar verständlich. Allerdings stehen sie einem grossen öffentlichen Interesse und Bedürfnis entgegen: Die Region Bern braucht ein neues Tierheim. Das ist ein Fakt. Auch ein Fakt ist, dass immer mehr Haustiere von ihren Herrchen abgegeben oder gar ausgesetzt werden. Egal wie verachtenswert oder unmoralisch man dies finden mag – es wird doch leider praktiziert. Und unser Mitleid in allen Ehren: Das allein bewirkt nichts. Den Tieren muss geholfen werden. Darin sind sich alle so lange einig, bis es darum geht, wo das neue Tierheim gebaut werden soll – doch nicht etwa vor der eigenen Haustüre? Beim Tierschutz in der Nachbarschaft verlieren die Vierbeiner ihren Jöh-Faktor anscheinend ebenso schnell wie ihr Zuhause. Ob Lärm oder eine unpassende Zone – überall lassen sich Gründe gegen ein Tierheim finden. Trotzdem bleibt es eine Pflicht der Allgemeinheit, sich um diese Tiere zu kümmern, denn jemand anderes kann es nicht tun. Wo bleibt denn sonst das Herz für Tiere?

Pausenhalle wird wetterfest

Sanierung der **Schulanlage Steinhölzli** kostet mehr als sechs Millionen Franken

Mehr Platz, bessere Isolation und ein Glasdach für die Pausenhalle: Die Schulanlage Steinhölzli im Liebefeld soll nach 51 Betriebsjahren den heutigen Bedürfnissen angepasst werden. Das Geschäft wird am 15. September im Kōnizer Parlament behandelt.

Im Steinhölzli geht zurzeit viel. Der Kunstrasenplatz ist bereits saniert, heute werden noch die neuen Kandelaber montiert – mit einem Helikoptereinsatz («Bund» von gestern). Ebenfalls fertig ist ein Wandbild an der Rückseite der Hessgut-Aula (siehe Kasten). Nun steht noch das grösste Projekt an: die Sanierung der Schulanlage Steinhölzli. Die drei Gebäude aus den 50er-Jahren entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen: Die Haustechnik ist veraltet, die Fluchtwege sind nicht mehr konform mit den Auflagen der Gebäudeversicherung, und es hat zu wenig Platz.

Pausenhalle für jede Witterung

«Die Schulen sind Imageträger für die Gemeinde», sagt Ueli Studer (svp), Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales, gestern an einem Rundgang durch die Schulanlage. Damit Köniz auch weiterhin stolz auf seine Schulen sein könne, brauche es nun Einsatz, sagte Studer.

Ein zentraler Aspekt im Sanierungsprojekt ist es, das Raumprob-

lem zu lösen. Die Entwicklung der Schülerzahlen zeige nach oben, sagte Studer: «Im Steinhölzli liegt der Ausländeranteil bei 50 Prozent.» Und viele dieser Familien hätten mehrere Kinder. Um Platz zu schaffen, wird der leere Keller unter der Pausenhalle in einen zentralen Lehrer- und Mehrzweckbereich umgebaut. Er ist von allen Trakten her direkt und behindertengerecht erschlossen. Der neue Lehrerbereich soll nach Minergie-standards erstellt werden.

Mehr Platz für Sprayer

Junge Sprayer haben mit gemeinderätlicher Erlaubnis die Wand an der Aula des Hessguts mit einem Fussballmotiv verschönert. «Vorher war dies ein echter Unort, das Ergebnis ist wunderbar geworden», lobt Gemeinderat Studer. Dieser Erfolg habe den Ausschlag für ein Sprayerprojekt gegeben: «Der Gemeinderat hat beschlossen, den Jugendlichen Wände zur Verfügung zu stellen, auf denen sie spraysen können», sagte Studer. Dabei würden Jugendarbeit (JUK) und Liegenschaftsverwaltung zusammenarbeiten und geeignete Flächen aussuchen. (acs)

Die grösste von aussen sichtbare Veränderung wird bei der Pausenhalle vorgenommen: Diese wird mit Schiebetüren verglast und dadurch bei jeder Witterung nutzbar. «So entsteht eine Mitte und Begegnungszone», sagte Judith Ackermann (fdp), Vorsteherin der Direktion für Gemeindebauten.

Die Hüllen der drei Gebäude wurden bereits zwischen 1998 und 2002 umfassend saniert, dabei wurden auch die Fenster ersetzt. Nun soll mit dem Ersatz der Haustechnik auch das Innenleben aufgefrischt werden.

Minergie oder Standard?

Ob die Schule saniert werden kann, wird das Volk entscheiden. Die Abstimmung ist für den 30. November geplant. Es wäre dies die erste Abstimmung über eine Schulsanierung seit 1999.

Vorher muss jedoch das Parlament dem Geschäft zustimmen. An seiner nächsten Sitzung vom 15. September wird es darüber entscheiden, ob eine von zwei möglichen Varianten der Sanierung zur Abstimmung kommt: eine Standardvariante für rund 6,3 Millionen Franken oder eine Sanierung nach Minergiestandard für rund 6,6 Millionen Franken. Der Bau nach Minergievorschriften würde durch Förderbeiträge unterstützt und würde lediglich 3,5 Prozent Mehrkosten verursachen, schreibt der Gemeinderat in seiner Botschaft an das Parlament. (hpa/acs)

POLIZEI-KAMPAGNE

Gibt es bei der «Schmier» nur dumme Macker mit Schnauz?

Die Zeiten, als die Polizei «Dein Freund und Helfer» sein wollte, sind definitiv zu Ende. Oder zumindest die Zeiten, als die Polizei gerne dieses Image gehabt hätte. «Tschugger si dumm.» – Sagt die Polizei heute von sich. Am Freitag startete die Kantonspolizei Bern eine Werbekampagne, um genügend gute und qualifizierte Aspiranten und Aspirantinnen zu finden, teilte die Polizei gestern mit. Denn sie hat ein Nachwuchsproblem. Allein um den Bestand von 2200 Mitarbeitenden zu erhalten, sollen in den nächsten zwei Jahren 150 neue Polizisten und Polizistinnen ausgebildet werden. Wegen der guten Wirtschaftslage habe die Polizei aber Mühe, genügend Interessierte zu finden, erklärte Polizeidirektor Hans-Jürg Käser kürzlich und kündete eine Imagekampagne an.

Auf Ineratebannern im Internet und in Pendlerzeitungen wird die Polizei deshalb künftig mit gängigen Vorurteilen werben. Die Vorurteile sind nummeriert: «Tschugger si dumm» ist demnach Vorurteil Nr. 319. «Die Nummern sind nur ein Gag», sagte Hans Rütli, stellvertretender Chef Personal bei der Kantonspolizei, auf Anfrage. Und die Vorurteile werden im «Kleingedruckten» mit «Fakten» entkräftet. So steht Vorurteil Nr. 319 beispielsweise für den Fakt, dass eine gute Schul- und Allgemeinbildung eine

Voraussetzung ist, um in die Polizeischule aufgenommen zu werden.

Die Kampagne soll die Zielgruppe der 20- bis 35-Jährigen erreichen. Im «Kleingedruckten» gibt es deshalb für diese Altersgruppe Hinweise auf entsprechende Medien, um sich selber ein Bild vom Polizeiberuf zu machen. Informationen sind zum einen auf www.polizei-job.ch zu finden, zum anderen sind sie unter der Gratis-Vanity-Rufnummer 0800 Police zu erhalten. Die «aussergewöhnliche» Kampagne soll aber nicht nur informieren, sondern laut Polizei auch «provokieren». Betroffen fühlen von «D Bulle si schtier» dürften sich aber wohl die Beamten und Beamtinnen selber. Die Kantonspolizei erhofft sich aber, damit künftige Polizisten, Botschaftsschützer und Verkehrsdienstmitarbeiter ansprechen zu können. Für Aussenstehende ist die Art der Kampagne zumindest überraschend. Von der Polizei wäre eher eine Hochglanzfotokampagne mit schönen lächelnden Menschen in Uniformen zu erwarten gewesen. Doch auch wenn die jungen dynamischen Menschen nicht im Bild zu sehen sind – es wurde an alles gedacht: Die Kampagne gibt etwa auch Auskunft darüber, wie ein Polizist aussieht. «Jedä Tschugger het ä Schnoutz.» Logisch: «Bir Schmier het's nume Macker.»

Anita Bachmann

KURZ

Razzia in Durchgangszentrum AARWANGEN Bei einer Kontrolle im Durchgangszentrum Aarwangen hat die Polizei vorgestern kleinere Mengen Drogen, 27 Mobiltelefone und mehrere Tausend Franken sichergestellt. Vier Personen wurden wegen illegalen Aufenthalts und drei Personen wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz angezeigt. Eine Person wurde in Ausschaffungshaft versetzt. Die Aktion sei ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen, schreibt die Kantonspolizei. (pkb)

Energieeffizientes Bauen GROSSER RAT Der bernische Grosse Rat nahm gestern einen Vorstoss für energieeffizientes Bauen nach Minergiestandard an. Demnach soll der Kanton die Gemeinden auffordern, ihre Baureglemente so auszugestalten, dass das Bauen nach Minergiestandard gefördert wird. Energiedirektorin Barbara Egger (sp) wies darauf hin, dass dies bei der Revision des Energiegesetzes ohnehin vorgesehen sei. (sda)

Mehr Busse spätabends GROSSER RAT Das bernische Parlament stimmte gestern einem Vorstoss zu, der mehr Kurse im öffentlichen Verkehr nach Mitternacht fordert. Laut Regierung ist es nicht möglich, die Anpassungen bereits für den Angebotsbeschluss 2010-2013 zu realisieren. Das Anliegen soll aber bei nächster Gelegenheit berücksichtigt werden. (sda)

100. Geburtstag BÖNIGEN Louise Herzog-Mosimann feiert heute im Alters- und Pflegeheim Allegro Goldswil ihren 100-jährigen Geburtstag. (pd)